

die Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien zugelassen wurde, trat auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder aus ihrer Illegalität heraus in die öffentliche Wirksamkeit.

Nachdem der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei als leitendes Organ der im Wiederaufbau begriffenen Partei bestätigt war, mußte er nicht nur die politische Führung übernehmen, sondern auch sogleich herangehen, alle verlorengegangenen Werte wieder zusammenzutragen, die materiellen Ansprüche der Gesamtpartei gegenüber dem nationalsozialistischen Erbe anzumelden und die Forderungen der Gesamtpartei auf Wiederherstellung ihres alten Vermögens zu verfolgen.

Der Zentralausschuß mußte dabei von folgenden Tatsachen ausgehen:

1. Der Sitz der Parteizentrale war vor 1933 die Reichshauptstadt. Hier war auch das Vermögen der Partei in den dafür gegründeten Gesellschaften zusammengefaßt.

2. Berlin ist heute noch die Hauptstadt Deutschlands und wird es auch bleiben! (Beifall.) Nach seiner Konstituierung hat darum der Zentralausschuß aus seiner Mitte den geschäftsführenden Vorstand gewählt, der nicht nur mit den Aufgaben der politischen Führung, sondern auch der Geschäftsführung betraut wurde.

Die Geschäftsführung ließ es sich sogleich angelegen sein, zunächst einmal alle Werte zusammenzufassen, die der Partei vor 1933 zur Verfügung standen und die der Nazismus im Zuge seiner sogenannten Machtergreifung der Arbeiterschaft gestohlen hatte. Diese Werte waren vor 1933 in vielen Einzelgesellschaften und Dachgesellschaften zusammengefaßt.

Eine der ersten Aufgaben war es, diese Gesellschaften wieder zu neuem Leben erstehen zu lassen. In verhältnismäßig kurzer Zeit war es der wiedererstandenen „Konzentration“ möglich, herauszufinden, welche Werte noch vorhanden waren und welche durch den Hitlerschen Raubkrieg zerstört wurden.

Dabei erstreckte sich die geleistete Vorarbeit nicht allein auf die Vermögenswerte in Berlin und die sowjetische Zone, sondern auf das Gesamtgebiet Deutschlands, so daß wir heute in der Lage sind, die zuverlässigste Auskunft über alle vorhanden gewesenen Betriebe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu geben.

Das Vermögen, das Hitler allein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an Druckereien und Verlagen geraubt hat, betrug im Jahre 1933 zusammengerechnet rund 61 Millionen Reichsmark. Im sowjetisch besetzten Gebiet haben wir dann auch nach Zulassung der Partei sehr bald Gelegenheit bekommen, mit der sowjetischen Militäradministration die Frage der Wiederherstellung des Parteivermögens zu behandeln, wobei uns eine beschleunigte Prüfung aller unserer Ansprüche von vornherein zugesagt wurde.

Im Maßstab dieses Gebietes konnten wir auf Grund des Befehles Nr. 124 des Herrn Marschall Shukow unsere Anmeldungen vornehmen, die sich bisher auf folgende Vermögenswerte erstreckten: Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-